

Medienmitteilung vom 19. November 2008

Ökobilanz von Einweg-Plastiksäcken auf nationaler Ebene regeln

Die Grüne Grossrätin Maria Iannino Gerber hebt ihre Motion, mit der sie eine bessere Ökobilanz von Einweg-Plastiksäcken fordert, auf die zuständige nationale Ebene. Sie zieht den Vorstoss auf kantonaler Ebene zurück und übergibt ihn der Grünen Fraktion des Nationalrates.

Maria Iannino Gerber wollte mit ihrer Motion die Ökobilanz von Einweg-Plastiksäcken verbessern. Jährlich werden in der Schweiz zwischen 6'000 und 10'000 Tonnen Plastiksäcke verbrannt. Das entspricht 250 voll beladenen 40-Tonnen-Sattelschleppern. Verschiedene Länder haben bereits Gesetze verabschiedet, die den Gebrauch von Säcken aus Polyethylen verbieten. Für Iannino Gerber wären neben einem Verbot auch andere Massnahmen denkbar: Das Ersetzen der Säcke durch biologisch abbaubare Materialien oder einen obligatorischen Verkaufspreis von solchen Säcken in allen Läden.

Die Antwort des Regierungsrates auf die Motion fällt negativ aus. Es wird insbesondere bemängelt, dass der Kanton kein Spielraum habe, um eine solche Vorschrift durchzusetzen. Dafür zuständig sei das Bundesamt für Umwelt.

Darum zieht die Grüne Grossrätin aus Hinterkappelen ihren Vorstoss auf kantonaler Ebene zurück und übergibt ihn der Grünen Fraktion im Nationalrat. Hier ist eine ähnliche Motion im Sommer 2008 von Dominique de Buman, CVP Freiburg, eingereicht worden. Diese wurde von Vertreterinnen und Vertretern von linken und rechten Parteien unterzeichnet.

Für weitere Auskünfte:

Maria Iannino, Grossrätin Grüne, 079 596 77 24